



Berlin, 14. November 2013

Die Bundesversammlung des Deutschen Gehörlosen-Bundes e.V. hat am 26.10.2013 in München die folgende Resolution im Wortlaut des Antrags des Gehörlosenverbands Hamburg e.V. einstimmig beschlossen:

## **Resolution für barrierefreies Fernsehen**

Vor dem Hintergrund, dass die gehörlosen und hochgradig schwerhörigen Menschen seit Januar 2013 Rundfunkbeiträge zahlen müssen, ist es ein unhaltbarer Zustand, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk für gehörlose und hochgradig schwerhörige Menschen immer noch nicht barrierefrei ist. Viele Sendungen werden nicht Untertitelt. Die Untertitelung weisen häufig viele Lücken und Fehler auf. Nach Sendungen in Gebärdensprache müssen gehörlose Menschen lange suchen.

Der Deutsche Gehörlosen-Bund fordert von den Programmverantwortlichen und den zuständigen Landesparlamenten sowie dem Rundfunkrat, dass bis Ende 2015 100% aller Sendungen im öffentlich-rechtlichen Fernsehen Untertitelt und mindestens 5% aller Sendungen in Deutscher Gebärdensprache (von professionellen Muttersprachlern gebärdet) gezeigt werden müssen. Zudem fordert der Deutsche Gehörlosen-Bund, dass Menschen mit Behinderung in den Rundfunkräten vertreten sein müssen.

Die Gehörlosenverbände entwickeln Qualitätsvorgaben für die Untertitel und Gebärdensprache, welche dann als Standards für die Medien gelten und von den Programmverantwortlichen eingehalten werden müssen.

Die Gehörlosenverbände des Deutschen Gehörlosen-Bundes e.V. werden sich bei ihren Landesparlamente für diese Forderung einsetzen.

### **Bundesgeschäftsstelle**

Am Zirkus 4  
10117 Berlin  
Telefon: 030 / 609 895 360  
Telefax: 030 / 609 895 363  
E-Mail: [presse@gehoerlosen-bund.de](mailto:presse@gehoerlosen-bund.de)  
Internet: [www.gehoerlosen-bund.de](http://www.gehoerlosen-bund.de)

### **Deutscher Gehörlosen-Bund e. V.**

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e. V. ist die Interessenvertretung der Gehörlosen und anderer Menschen mit Hörbehinderung in Deutschland und setzt sich für die Belange und Rechte gehörloser, schwerhöriger und ertaubter Menschen ein. Insbesondere vertritt er ihre sozial- und gesundheitspolitischen, kulturellen und beruflichen Interessen mit dem Ziel der Gleichstellung und leistet Aufklärungsarbeit über Gehörlosigkeit und Gebärdensprache.